

Landkreis Ravensburg

den 16. Feb. 2021

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses
am 26.11.2020 in der Turn- und Festhalle Berg, Bergstr. 12, 88276 Berg

Dauer 14:30 Uhr bis 16:40 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 23 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

CDU

Herr Roland Bürkle

Frau Margarete Eger

Herr Rolf Engler

Herr Josef Forderer

Herr Thomas Kellenberger

Herr Peter Müller

Herr Daniel Steiner

Frau Sonja Wild

FWV

Herr Markus Ewald

Frau Sandra Flucht

Herr André Radke

Herr Peter Smigoc

Frau Christa Stierle

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf

Herr Gereon Güldenber

Frau Carmen Kremer

Frau Doris Zodel

in Vertretung für KRin Natalis

SPD

Herr Peter Clément

Frau Gisela Müller

ÖDP

Herr Max Scharpf

in Vertretung für KR Prof. Dr. Dieing

Herr Dr. Wolfgang Schmidt

in Vertretung für KR Raible

FDP

Herr Oliver Schneider

Protokollführung

Frau Dagmar Schöbel

von der Verwaltung

Herr Reinhard Friedel

Dezernent Soziales und Arbeit ab 01.02.2021

Herr Jörg Urbaniak

Amtsleiter Sozial- und Inklusionsamt

Frau Sabine Bracciale

zu TOP 4

Herr Martin Sommer

zu TOP 5

Frau Andrea Müller

zu TOP 7

Gäste

Frau Angelika Hipp-Streicher

Fachleitung Familie und Integration, Caritas

Bodensee-Oberschwaben zu TOP 4

Herr Polizeipräsident Uwe Stürmer

Polizeipräsident Ravensburg zu TOP 5

Abwesend:

stellvertr. Vorsitzende/r

Herr Dr. Andreas Honikel-Günther

Erster Landesbeamter

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Elke Müller

Frau Dorothee Natalis

wird vertreten von KRin Zodel

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing

wird vertreten von KR M. Scharpf

Die Linke

Herr Lars Raible

wird vertreten von KR Dr. Schmidt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

3. 0145/2020/1
"Solidarische Gemeinden im Landkreis Ravensburg" -
Antrag der Caritas Bodensee-Oberschwaben und des katholischen Dekanats
Allgäu-Oberschwaben

Mitteilungsvorlagen

4. 0072/2020
Jahresbericht Pflegestützpunkt und Zuhause Leben-Stelle- Rückblick auf die Jahre
2019/2020 sowie Ausblick auf 2021 Gast: Frau Angelika Hipp-Streicher, Fachlei-
tung Familie und Integration, Caritas Bodensee-Oberschwaben
5. 0141/2020
Sachstandsbericht im Suchtpräventionsprojekt HaLT - Hart am Limit
Gast: Herr Uwe Stürmer, Polizeipräsident am Polizeipräsidium Ravensburg
6. 0146/2020
Landesrahmenvertrag zum Bundesteilhabegesetz (BTHG)
7. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

8. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Öffentliche Sitzung

1. **Änderung der Tagesordnung**

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

2. **Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Es liegt noch kein Protokoll vor.

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

3. 0145/2020/1

"Solidarische Gemeinden im Landkreis Ravensburg" -

**Antrag der Caritas Bodensee-Oberschwaben und des katholischen Dekanats
Allgäu-Oberschwaben**

Beschlussentwurf:

1. Der Landkreis Ravensburg gewährt der Caritas Bodensee-Oberschwaben und dem Katholischen Dekanat Allgäu-Oberschwaben für das gemeinsame Projekt „Aufbau von Solidarischen Gemeinden“ eine finanzielle Förderung in Höhe von jährlich 84.500 € ab dem Jahr 2021, vorläufig befristet auf fünf Jahre und vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel im Haushaltsplan 2021.
2. Ein Förderprogramm „Solidarische Gemeinden“ für die Einrichtung von örtlichen Koordinierungsstellen wird vom Landkreis nicht finanziert.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Mitteilungsvorlagen

4. 0072/2020

Jahresbericht Pflegestützpunkt und Zuhause Leben-Stelle - Rückblick auf die

Jahre 2019/2020 sowie Ausblick auf 2021

Gast: Frau Angelika Hipp-Streicher, Fachleitung Familie und Integration, Caritas Bodensee-Oberschwaben

Frau Bracciale und Frau Hipp-Streicher stellen den Jahresbericht anhand einer PPT-Präsentation vor.

KRin Stierle bedankt sich für die geleistete Arbeit. Sie fragt, ob zum 01.01.2021 alle Stellen besetzt sein werden und ob in der Quartiersbetreuung Kontakte aus Angst vor Ansteckung mit COVID-19 zurückgegangen seien.

KRin Fiegel-Hertrampf bedankt sich ebenfalls. Sie betont, es müsse mehr geeigneter Wohnraum für alte Menschen geschaffen werden. Viele Seniorinnen und Senioren lebten allein in einem zu großen Haus und seien bereit, dieses gegen eine kleinere Wohnung zu tauschen. An Flächenausweisungen für 1-Familienhäuser solle gespart werden. Es brauche auch mehr solidarische Gemeinschaften. Gerade für Alleinstehende ergäben sich im Alter komplexe Problemlagen. Migrantenfamilien sollten sich um ältere Menschen kümmern. Zur Bearbeitung dieser Themen rege sie eine Koordinationsstelle in den Gemeinden an.

KRin G. Müller lobt die Arbeit zum Thema. Sie fragt, wie die Unterbringung und Versorgung von Menschen aussehe, die aus Krankenhäusern entlassen würden und mehr als ambulante Pflege benötigten und wie lange die Wartezeiten dafür seien.

KRin Eger gibt an, die Zuhause-Leben-Stellen hätten einen „tollen Ruf“. Aufsuchende Arbeit sei dabei sehr wichtig. Die Anforderungen an Einsatzleiterinnen durch Weiterbildungen und Organisatorisches würden immer weiter zunehmen.

KR Kellenberger erkundigt sich, ob es eine Brücke zwischen solidarischen Gemeinden und Nachbarschaftshilfe gebe.

Frau Bracciale hofft, dass alle Stellen zum 01.03.2021 besetzt sein werden. Bereits zum 01.01. werde es zwei neue Mitarbeiterinnen geben. Es sei problematisch, dass Krankenhäuser Patienten oft zu früh entließen, denn im ambulanten Pflegebereich bestehe Personalmangel. Für Notfälle könne durch Aktivierung eines Netzwerkes häufig eine Lösung gefunden werden. Für aufsuchende Arbeit stellten Nachbarschaftshilfe und solidarische Gemeinden oft eine Brücke dar.

Frau Hipp-Streicher bestätigt, COVID-90 habe zu einem Einbruch bei den Aktivitäten im Bereich der Nachbarschaftshilfe geführt, da ein Großteil der dort tätigen Personen älter sei als 60 Jahre. Kunden wiederum wollten in Pandemiezeiten nicht viele andere Menschen im Haus haben. Aktuell fühlten sich Nachbarschaftshelfer sowie pflegende Angehörige durch verschiedene Maßnahmen, wie z.B. Masken und Schulungen, wieder gut geschützt und unterstützt. Strukturen, wie etwa Einkaufshilfen, seien gut wiederaufgebaut. Es werde zudem eine Aufwandsentschädigung gezahlt. Das Ehrenamt benötige künftig eine andere Wertigkeit, da Personen vermehrt nur noch zeitlich begrenzt tätig seien und deshalb beständig neue Menschen dafür gewonnen werden müssten. Wohnen im Alter stelle ein wichtiges gesellschaftspolitisches Thema dar. Aktuell fehlten noch gute Alternativen, um das eigene Haus tatsächlich aufgeben zu können. Unterstützung durch Migranten funktioniere in Einzelfällen schon recht gut. Diese benötigten jedoch Anleitung und mehr institutionalisierte Unterstützung. Nachbarschaftshilfe sei Teil des Konzepts der solidarischen Gemeinden.

KR Engler lobt die Leistung der Caritas Bodensee-Oberschwaben und bedankt sich bei Frau Hipp-Streicher für die geleistete Arbeit. Er ist der Meinung, diese „neue Zeit“ mit neuen Sorgen erfordere neue Reaktionsgeschwindigkeiten und fragt, wie Kontaktmöglichkeiten sichergestellt seien.

KRin G. Müller bemerkt, es gebe eine hohe Dunkelziffer bei alleinstehenden Seniorinnen und Senioren ohne genügend Freunde. Ihnen könne Verwahrlosung und Niedergang drohen, sobald sie aus dem Berufsleben ausschieden. Für diese Gruppe müsse ein Handlungskonzept im Rahmen des Paketes „Solidarische Gemeinden“ erstellt werden.

Frau Bracciale gibt an, die Erreichbarkeit werde sich durch die zusätzlichen Stellen verbessern. Zu Zeiten, in denen Mitarbeitende aufsuchend draußen unterwegs seien, solle eine Rufumleitung genutzt werden. Mit der Gruppe der alleinstehenden Personen beschäftige man sich aktuell und werde dazu auch schnellstmöglich einen runden Tisch mit der Caritas einberufen, um Ziele und Zuständigkeiten zu klären. Bei diesem Personenkreis, für den tatsächlich zum Teil die Gefahr der Verwahrlosung bestehe, sei zunächst Beziehungsarbeit wichtig, um Vertrauen zu schaffen.

Frau Hipp-Streicher ergänzt, das Konzept der „Solidarischen Gemeinden“ basiere auf Verantwortungsbereitschaft. Alle müssten stärker aufeinander schauen. Die Caritas solle bei Bekanntwerden von Fällen frühzeitig eingeschaltet werden, um das Netz-

werk für soziale Hilfen möglichst früh aktivieren zu können.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Hipp-Streicher und der Caritas Bodensee-Oberschwaben für die „tolle Arbeit“, die Übernahme der Aufgabe ZUHAUSE LEBEN bis zum jetzigen Zeitpunkt und die gute Begleitung in den letzten Jahren.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5. 0141/2020

Sachstandsbericht im Suchtpräventionsprojekt HaLT - Hart am Limit

Gast: Herr Uwe Stürmer, Polizeipräsident am Polizeipräsidium Ravensburg

Herr Stürmer stellt seinen Bericht anhand einer PPT-Präsentation vor.

KR Kellenberger berichtet, Jugendliche würden verstärkt Cannabis konsumieren und fragt, ob man darauf reagieren müsse.

Herr Stürmer bestätigt dies. Das Einstiegsalter sinke, und es gebe gleichzeitig eine große Dunkelziffer. Verfügbarkeit und Konsum müssten eingeschränkt werden. Der Wirkungsgrad präventiver Projekte sei jedoch begrenzt.

Herr Sommer ergänzt, das Projekt HaLT beziehe alle illegalen Drogen ein, nicht nur Alkohol. Man müsse in Beziehung zu den Jugendlichen treten, Eltern sollten einbezogen werden.

KR Engler fragt, wie die Stressbewältigung bei der Polizei in Anbetracht der zunehmenden Beleidigungen erfolge, ob im Rahmen des Projektes HaLT ausreichend Präventionsarbeit stattfinde und wie die Präventionsarbeit des Landkreises im Rahmen der Methadon-Schwerpunktpraxis eingeschätzt werde. Er wünsche außerdem mehr Fußstreifen. Das Verhalten der Gerichte bei der Verfolgung von Strafsachen empfinde er als „sehr locker“. Die Staatsanwaltschaft müsse hier eine klare Position beziehen. Er bittet um einen Bericht zum Streitschlichterprojekt.

Herr Stürmer antwortet, zum Thema Stressbewältigung seien acht Beamte zu Schulungszwecken im Einsatz. Bisher seien keine toten oder schwer verletzten Kollegen zu beklagen, da die Beamten über einen hohen Trainingsstand verfügten. Im Rahmen des Projektes HaLT werde viel Präventivarbeit geleistet. Das Umfeld werde

frühzeitig und ursachenorientiert einbezogen. Fehlentwicklungen bei Jugendlichen seien zum Teil Folgen einer nachlassenden Erziehungskraft, bei der weniger Grenzen aufgezeigt und durchgesetzt würden und die Beziehung trotzdem gehalten werde. Intensivtäter ziehe man für eine gewisse Zeit aus dem Verkehr und biete gezielt Hilfen an. Für Suchtkranke sei die Schwerpunktpraxis als Anlaufstelle wichtig. Die beste Kriminalpolitik sei eine gute, ursachenorientierte Sozialpolitik. Für Fußstreifen fehle es zurzeit noch an Personal. Bis 2022/23 werde hier eine Besserung erwartet, da bis dahin die Polizeireform greife und die jetzt in Ausbildung befindlichen Kräfte ihre Ausbildung abgeschlossen hätten. Es könne jedoch nicht alles auf die Polizei abgewälzt werden, generell sei mehr Zivilcourage erforderlich. Dann steige auch das Risiko für Täter, gefasst zu werden. Auch er halte angemessene Strafen für wichtig.

Herr Sommer fügt hinzu, das Projekt HaLT sei nur ein Baustein im Bereich der Präventionsarbeit. Neben der Polizei beteiligten sich ebenfalls Schulen und die Caritas mit entsprechenden Programmen. Auch Kinder- und Jugendarbeit vor Ort wirke präventiv. Das Landratsamt sei mit dem Arbeitskreis Suchtprävention vernetzt, in dem auch das Jugendamt und die Jugendgerichtshilfe vertreten sei.

Frau Fiegel-Hertrampf teilt mit, in der Zwischenzeit achteten auch Vereine stärker auf Alkoholkonsum. Dieser sei 2020 niedriger ausgefallen als in den Vorjahren, was möglicherweise mit den Corona-bedingt ausgefallenen Volksfesten zusammenhänge. Sie fragt, ob die Polizei einen Überblick über Handelsströme bei Cannabis und „Kräutern“ habe und ein Verkaufs- oder Konsumverbot von Alkohol nützlich sein könnte.

KR Clement bedankt sich für die Präsentation. Er erkundigt sich nach der „weltanschaulichen Grundüberzeugung“ des Polizei-Teams und den Bewältigungsstrategien für Alltagsfrust.

KRin Kremer vermutet, Beleidigungen könnten eine sprachliche Vorstufe für körperliche Gewalt darstellen und möchte wissen, ob zum Thema häusliche Gewalt Informationen vorlägen.

Herr Stürmer informiert, häusliche Gewalt habe in den letzten Jahren allgemein zugenommen, auch bereits vor Corona-Zeiten. Es helfe, Sachverhalte auch zutreffend als Gewalt zu bezeichnen. Verächtliche Sprache stelle oft eine Vorstufe zur Gewalt dar und dürfe nicht bagatellisiert werden. Zum Thema Rechtsextremismus habe es in den letzten Jahren nur zwei „leichte“ Fälle gegeben. Er gehe jedem Hinweis nach.

Arbeitsüberlastung, auch aufgrund eines aktuell „gigantischen“ Generationswechsels, sei Teil des Frusts. Besonders belastete Beamte erhielten einen Entlastungstag. Ein auf aktuell 42% gestiegener Frauenanteil verändere die Männerwelt positiv. Das Jugendschutzgesetz werde in Vereinen zunehmend umgesetzt. Auch Testkäufe zeigten Erfolge. Die Dealer-Szene treffe sich vor allem im Darknet. Eine in diesem Bereich aktive Polizei-Einheit sei in Friedrichshafen stationiert. Diese könne zwar gelegentlich eine lokale Verknappung erreichen und Handelsströme stören, diese jedoch nicht dauerhaft unterbinden. Ein Alkoholverkaufsverbot ab 22 Uhr könne deeskalierend wirken, wenn „Nachschub“ ausgehe und nicht vorher schon eingekauft worden sei. Die rechtliche Umsetzung sei jedoch schwierig. Er plane, im kommenden Jahr nach eingehender Problemanalyse und dem Heranziehen von Statistiken Handlungsfelder für eine gemeinsame Arbeit mit dem Landkreis aufzuzeigen.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6. 0146/2020

Landesrahmenvertrag zum Bundesteilhabegesetz (BTHG)

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

7. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Frau Müller informiert über den Sachstand beim Thema „Regionale Pflegekonferenzen“. Der Förderantrag sei gemeinsam mit Prof. Dr. Winter, Direktor des Instituts für Gerontologische Versorgungs- und Pflegeforschung an der Hochschule Ravensburg Weingarten, gestellt und eingereicht worden. Er werde positiv beschieden werden. Beginn werde der März 2021 sein, die Laufzeit 1,5 Jahre betragen. In das aufzubauende Netzwerk sollten auch Kommunen, Landkreis und Pflegekassen einbezogen werden. Bei den Themen werde der Fokus auf dem ländlichen Raum, der Quartiersentwicklung und neuen Pflegemodellen liegen. Eine Geschäftsstelle solle zur Vor- und Nachbereitung sowie als organisatorische Referenz gegründet werden.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Sozialausschuss am 26.11.2020:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

8. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Beratungsergebnis: keine

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Dagmar Schöbel

Kreisräte

Gisela Müller

Andrè Radke